



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 3

März 2016 / 50. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL



**Europäischer Polizeikongress 2016:**

## Lokaler Tatort – Globale Ursache

Seite 10 <

Grenzerfahrungen –  
Interview mit einer  
Bundespolizistin zu  
ihrem Migrationseinsatz  
in Bayern

Seite 21 <

Fachteil:

Bild- und Tonaufnahmen  
sowie Übersichtsbildüber-  
tragungen bei öffentlichen  
Versammlungen unter frei-  
em Himmel und bei Aufzügen  
nach § 20 SächsVersG





# 1. April oder Fasching? – Anwärter sorgen für Sicherheit über Fastnacht!?

Jetzt durften wir aus der Saarbrücker Zeitung vom 18. Januar 2016 erfahren: „Polizeischüler müssen auf die Straße.“ Die Anwärter der Polizei sorgen für die angekündigte größere Präsenz der saarländischen Polizei über die Fastnachtstage. Dazu können wir nur sagen: Alle hopp! Na dann einfach mal noch mehr Anwärter/-innen einstellen, dann klappt das mit der Präsenz vielleicht in Zukunft noch besser!!

## Aber ernsthaft:

Wenn wir mittlerweile Polizeischüler, die gerade mal ein paar Monate in Ausbildung sind, brauchen, um das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerin-

nen und Bürger zu steigern, dann scheint hier aber etwas kräftig aus dem Ruder zu laufen. Es spricht grundsätzlich ja nichts dagegen, dass Polizeianwärter/-innen praktische Erfahrungen sammeln. Im Gegenteil, das ist aus unserer Sicht sogar sehr wichtig. Jedoch stellt sich die Frage nach den Umständen. Wir sehen es sehr kritisch, Berufsanfänger (ohne Waffe!) in Uniform bei Großeinsätzen einzubinden. Sie sind Beamte auf Widerruf und ohne größere Berufserfahrung und brauchen (wie in den regulär vorgesehenen Berufspraktika) einen ständigen Ansprechpartner (Praxisanleiter), um Gefahren und Lagen richtig bewerten und

einschätzen zu können/zu lernen! Im aktuellen Fall drängte sich eher der Eindruck auf, dass es hier um die Quantität geht und das vermeintlich gesteigerte Sicherheitsgefühl. Getreu dem Motto: Solange nix passiert, wird die Rechnung aufgehen! Leider hat diese „Einsatzbewältigungsstrategie“ Schule gemacht, denn auch in Rheinland-Pfalz wurden Auszubildende in die Faschingseinsätze geschickt.

Liebe Politiker: Macht die Augen auf, **beendet den Personalabbau der Polizei** und stellt mehr ein, damit künftig genügend gut ausgebildete Polizisten/-innen zur Einsatz-

bewältigung zur Verfügung stehen!

Einen positiven Effekt hat diese Entscheidung der Verantwortlichen: Die sonst deutlich später durchgeführte Ernennung der Absolventen der Fachhochschule wurde bereits am 3. Februar 2016 durchgeführt. Damit haben die Kollegen wenigstens früher einen monetären Vorteil und die Statusverbesserung, zumindest Beamte auf Probe zu sein. Wir erwarten diese Geschwindigkeit natürlich jetzt in jedem Jahr. Dies gilt auch für die Zahlbarmachung der Bezüge, die sonst meist bis April/Mai dauerte.

*Eure JUNGE POLIZEI*

## Zustand der Polizei, ein Kommentar des Landesvorsitzenden

Die Aussage unserer Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Ablehnung der Erhöhung der Zahl von Polizeibeamten macht nicht nur Gewerkschafter, sondern auch jede/n Polizeibeamten/-in sehr betroffen. Viele sind sogar „stinksauer“! Denn auf der einen Seite wird von Präsenzerhöhung gerade an Fasching gesprochen und auf der anderen Seite reicht das Bestands-

personal der Polizei, die noch um 150 BEAMTENSTELLEN und circa 40 bis 50 Tarifstellen bis 2020 verkleinert wird, bereits jetzt in vielen Bereichen kaum aus. Dienststellen müssen nachts regelmäßig schließen, Bereitschaftspolizisten springen an vielen Stellen als Unterstützung ein, Sachbearbeiter klagen über teilweise enorme Belastungen oder Vorrückstau et cetera! Dabei wird noch nicht mal daran gedacht, dass hinter jedem/jeder Kollegen/-in auch eine Familie steht, die mit betroffen ist.

Gleichzeitig werden Bürgerwehren oder Bürgerwachen gegründet und die Nachfrage nach Pfefferspray steigt rapide an. Als Polizist könnte man den



DPoIG Saarland

> Sascha Alles

Wir sind zwar froh über das geschnürte Sicherheitspaket der Landesregierung, das sicher nicht einfach war, aber es ist auch nur eine bis 2017 befristete Lösung. Die Welt wird sich aber danach weiterdrehen. Polizeianwärter, die jetzt aus Spargründen nicht eingestellt werden, sind auch 2018 nicht da! Es wird auch keine auf dem Arbeitsmarkt geben, wie zum Beispiel Lehrer.

Es scheint dabei erstaunlich, wenn sogar neben anderen Bundespolitikern der Bundesjustizminister Heiko Maas öffentlich mehr Polizeipersonal fordert, jedoch in den Ländern hiervon kein Verantwortlicher Notiz nehmen möchte. Aus diesem Grund bleibt die Situation bei der Polizei eine beson-

Eindruck bekommen, dass man uns nicht mehr zutraut, die Sicherheit zu 100 Prozent zu gewährleisten.

### Impressum:

Redaktion:  
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:  
Hohenzollernstraße 41  
66117 Saarbrücken  
Telefon: 0681.54552  
Fax: 0681.54553

Internet: [www.dpolg-saar.de](http://www.dpolg-saar.de)  
E-Mail: [info@dpolg-saar.de](mailto:info@dpolg-saar.de)

ISSN 0937-4876



dere. Das darf die Politik nicht vergessen. Sicherheit kostet Geld und das ist rar. Das wissen wir alle. Daher müssen klare Entscheidungen getroffen werden! Wir wünschen uns natürlich pro Polizei! Die Bürger/-innen sehen das im Übrigen mehrheitlich auch so, wenn man die Medien in den heutigen Tagen genau verfolgt!

Ohne größere Kommentierung durch die politisch Verantwort-

lichen werden Fehlinvestitionen beziehungsweise Leerstände wie zum Beispiel der vierte Pavillon des Saarlandmuseums, das neue HTW-Hochhaus oder der Stadionumbau am Ludwigsberg hingenommen. Hierbei geht es teilweise um Millionenbeträge, die unwiederbringlich verloren sind beziehungsweise nicht geplant waren. Gerade aber hier sollte ein Haushaltsnotlageland genau sein und scharf rechnen!

Wir fordern hier mehr Sorgfalt. Den Kollegen/-innen wird durch Einsparungen und Kürzungen in den letzten Jahren sehr viel abverlangt. Da sollte es nur recht und billig sein, dass kein Geld zum sprichwörtlichen Fenster rausgeschmissen wird!

Hier fehlt mir leider die oft zugesagte Transparenz und Klarheit. Der öffentliche Dienst und gerade die Polizei haben in

den letzten Monaten deutlich unter Beweis gestellt, dass man sich auf sie verlassen kann. Ob Terror oder Flüchtlingsstrom, all das hat das „kleine“ Saarland bis jetzt gut geschafft. Aber nicht wegen schöner Reden, sondern tatkräftiger Unterstützung durch Menschen. Daher bleiben wir bei unserer Forderung:

► **Für eine starke Polizei! – DPoIG** ■

## Projekt „Bodycam“ – DPoIG fordert Aufzeichnung von Ton und Einsatz in Wohnungen

Das Thema Bodycam scheint aktueller denn je. Gerade in den abgelaufenen Fastnachts-einsätzen wäre die Kamera ein ideales Einsatzmittel gewesen. Uns ist klar, dass einige Kollegen/-innen eher kritisch zu solch neuer Technik stehen. Vorbehalte und Ängste sind aus unserer Sicht jedoch nicht begründet. Ziel darf und soll es nicht sein, Verhaltenskontrollen der Mitarbeiter/-innen durchzuführen! Das wäre das Ende dieses Einsatzmittels. Denn das würden wir und auch die Personalvertretungen gewiss nicht unterstützen.

Die Bodycam soll abschrecken und zum Schutz der eingesetzten Kollegen/-innen dienen. Hierbei zeigen die gemachten positiven Erfahrungen in Hessen<sup>1</sup> und auch aktuell in Rheinland-Pfalz, dass es wirkt. Eine Kamera hemmt das polizeiliche Gegenüber. Daher ist es aus unserer Sicht ein gut geeignetes Mittel, unsere Kollegen/-innen besser vor Übergriffen zu schützen. Natürlich sehen wir hier nur die **Kombination aus Bild und Ton** als sinnvoll an. Denn Eskalationen entstehen in der Regel immer erst



verbal und steigern sich dann schlimmstenfalls in körperliche Gewalt. Daher ist aus unserer Sicht gerade der Ton bei einer Aufzeichnung ein guter Hinweisgeber für die nachfolgenden Geschehnisse und die dann notwendigen polizeilichen Maßnahmen. Darüber hinaus können auch noch retrograd zum Beispiel Beschimpfungen aus einer Gruppe oder in einer Fremdsprache besser zugeordnet und auch als solche erkannt werden. Wir erwarten auch weniger „Solidarisierungen“ von Unbeteiligten bei polizeili-

chen Maßnahmen gegen Personen. Nach den guten Erfahrungen möchte daher Hessen sein Polizeigesetz ändern, um auch die Tonaufzeichnung zu legitimieren (§ 14 Abs. 6 des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG)).

Den Einsatz der Bodycam in **Wohnungen** beim klassischen Einsatzfall der sogenannten „Häuslichen Gewalt“ halten wir ebenso für absolut notwendig. Gerade hier sind die Polizeibeamten/-innen nicht selten direkter Gewalt und

kritischen Situationen ausgesetzt. Im Einsatzfall zählt hier jede Minute und jedes Detail.

**Wir stehen dieser neuen Technik grundsätzlich positiv gegenüber, da wir uns mehr Schutz für unsere Kollegen/-innen erhoffen. Natürlich sind wir auch insoweit kritisch, dass wir Wert darauf legen, dass der Einsatz der Kamera „freiwillig“ durch die Kollegen erfolgen soll und kein Mittel zur Arbeits-, Verhaltens- und Leistungskontrolle sein darf!** ■

<sup>1</sup> Abschlussbericht vom 1. Oktober 2014



# Haushaltsgespräche mit den Fraktionen im saarländischen Landtag – DPolG fordert Langzeitarbeitskonten für die Polizei

Im November/Dezember 2015 führte die DPolG mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche zum Doppelhaushalt für die Jahre 2016/17. Hierbei wurden neben den dringenden Personalbedarfen aus Sicht der DPolG auch der Stellenplan und das Beförderungsbudget thematisiert. In den Entscheidungen rund um das „fünf Millionen Sicherheitspaket“ wurden neben einer leichten Erhöhung des Beförderungsbudgets auch befristete Stellen im Tarifbereich geschaffen (wir berichteten).

Eine weitere Forderung von uns war in diesem Zusammenhang

die Schaffung von **Langzeitarbeitskonten** für die Kollegen/-innen. Gerade jetzt wird viel Mehrarbeit innerhalb der Polizei durch weniger Personal und gestiegene Einsatzbelastung produziert. Die Möglichkeiten des direkten Abbaus von Stunden oder gar die Auszahlung sind oftmals illusorisch oder auch uninteressant (zum Beispiel wegen der Steuerprogression).

Daher halten wir es auch weiterhin für dringend erforderlich, diese Möglichkeit der „Vergütung“ in Betracht zu ziehen. Im Saarland stehen circa 260 000 Überstunden offen, die niemals ausgezahlt

werden können, und die vorgesehenen Haushaltsmittel zur Reduzierung des Überstundenberges halten sein Anwachsen kaum auf, sondern können es maximal verlangsamen. Die Politik hatte hier bis dato kein Patentrezept. Aus unserer Sicht wäre die Schaffung dieser Arbeitskonten ein persönlicher Anreiz für jeden, da zum Beispiel die Möglichkeit, den Ruhestand vorzuziehen, für viele nicht unattraktiv erscheint. Bereits jetzt schieben viele Kollegen Urlaubs- und Überstundenzeiten kurz vor den Pensionseintritt. Durch die Schaffung der Langzeitarbeitskonten wäre somit eine besse-

**CDU**



**DIE LINKE.**



re Planbarkeit sowohl aufseiten der Mitarbeiter als auch des Dienstherren möglich. ■

## Beförderungsrunde 2016 – Wir fordern möglichst hohe Mittelverausgabung im April!

Auch in diesem Jahr wird es wieder spannend, in wie weit das Budget von 485 578 Euro, das jetzt um circa 36 000 Euro auf **knapp 522 000 Euro** erhöht wurde, ausreichen wird, um möglichst viele Kollegen zu befördern.

**Vorneweg gesagt: Es wird nicht ausreichen!** Es sind aktuell noch circa 375 Kollegen/-innen mit einer überdurchschnittlichen Beurteilung im Rennen um eine Beförderung. Wer sich die Zahlen der letzten beiden Jahre anschaut, erkennt schnell, dass bei diesem Budget nur ungefähr 170 bis 180 Kollegen befördert werden können. Um alle noch ausstehenden „2er“ glücklich zu machen, wären allein Mittel in Höhe von über einer Million Euro notwendig. Natürlich

wird es diesen Segen im laufenden Jahr nicht geben. Nichtsdestotrotz sprechen wir uns für eine möglichst hohe Mittelverausgabung beim ersten Beförderungstermin im April dieses Jahres aus. Gerade die Kollegen/-innen im Eingangssamt A 9 sind zahlenmäßig mit noch deutlich über 100 am stärksten betroffen. Hier ist unsere Forderung klar, dass gerade die übergeleiteten Kollegen stärker als in den vergangenen Jahren berücksichtigt werden müssen. Im letzten Jahr waren es gerade einmal 33 Prozent in dieser Gruppe. Wir sehen ebenso eine notwendige Berücksichtigung der Jahrgänge (vor allem P 24 und 25), die durch den Wegfall des sogenannten „z.A.“ (Änderung des Beamtenstatusgesetz) betroffen sind.

Im Bereich A 10 nach A 11 ist aus unserer Sicht die Lage auch sehr angespannt. Hier konkurrieren gleich drei Gruppen miteinander: übergeleitete Beamte/-innen, Fachhochschüler ohne und mit Funktionsstelle. Auch hier sind noch knapp 100 Kollegen/-innen übrig, die befördert werden wollen.

Die ersten Signale aus dem Ministerium lassen zumindest hoffen, dass unsere Forderung, gerade in den Eingangssämtern einen Schwerpunkt zu setzen, gehört wurde. Wir werden in den anstehenden Gesprächen hierzu alle Problembereiche ansprechen und um Abhilfe werben. **Eins ist uns jedoch klar:** Es wird einige Verlierer geben. Die Kollegen/-innen, die dieses Jahr nicht dabei sein werden, werden absehbar in der im Oktober

durchgeführten neuen Beurteilungsrunde erneut mit einer „2er“-Beurteilung vorgelegt werden (sofern hier der Bestandsschutz wie in der Vergangenheit gilt). Diese werden dann wohl im nächsten Jahr alle befördert werden können. Aber(!) die Zahl der „neuen 2er“ wird sicher deutlich geringer als in der aktuellen Beurteilungsperiode ausfallen, und wenn man dann die „Doppelzweier“ noch davon abzieht, dann wird die Sache überschaubar.

**Wir hoffen mit Blick auf die nun terminierten Landtagswahlen im Saarland im März 2017, auf neue Impulse aus der Politik gerade an dieser „Baustelle“! Wir als DPolG haben hier klare Vorstellungen ... denn unsere Kollegen/-innen sind ihr Geld wert!** ■



# Erste-Hilfe-Seminar der DPoIG in Zusammenarbeit mit dem DRK – ein voller Erfolg!

Am 30. Januar führte der LV der DPoIG das erste „Erste-Hilfe-Seminar“ für Anwärter/-innen durch. Da die aktuell gültige Ausbildungsordnung für die Polizeianwärter vorsieht, dass innerhalb des Studiums ein Nachweis über die Ausbildung in Erster Hilfe zu erbringen ist und dies in der Freizeit zu erfolgen hat, hat sich die JUNGE POLIZEI der DPoIG bereit erklärt, ein solches Seminar zu organisieren. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz wurde dann der oben genannte Schulungstermin an der Fachhochschule angeboten.

Das Angebot richtete sich nicht nur an Mitglieder der DPoIG, sondern an alle Studierenden. Dies wurde auch gerne angenommen und somit konnten

alle Teilnehmer/-innen erfolgreich das Seminar durchlaufen. Seit Kurzem ist die Ausbildungszeit für Erste Hilfe auf einen Tag (9 Stunden) reduziert worden, sodass es für alle ein kurzweiliger Schulungstag wurde.

Danken möchten wir an dieser Stelle unserem „Ausbilder“ Marco, der selbst Polizist ist und somit genau das richtige Händchen für die Kollegen/-innen hatte. Was uns besonders freut ist, dass unsere Idee, ein solches Seminar anzubieten, just auch von anderen Gewerkschaften aufgegriffen wurde. Dies sehen wir als Anerkennung für uns und versprechen schon mal vorab, auch künftig solche Seminare anzubieten. Wer also auch noch „Bedarf“

### Hinweis in eigener Sache:

Die Landesgeschäftsstelle hat in den letzten Wochen Änderungskarten an alle Mitglieder versandt. Hier haben alle die Möglichkeit, Änderungen von Adress-, Erreichbarkeits- oder Bankdaten mitzuteilen. Auch sollten Höhergruppierungen oder Beförderungen mitgeteilt werden. Natürlich können diese Mitteilungen auch zu jeder Zeit einfach per Mail oder Telefon der Geschäftsstelle mitgeteilt werden. Zu gewinnen gibt's auch noch was. Wer die Änderungskarte zurückschickt und am Gewinnspiel teilnehmen möchte, kann sich vielleicht



Erwin Rose

schon bald über ein tolles Präsent freuen. Wir drücken die Daumen!

*Euer Landesgeschäftsführer*

**Erste Hilfe Seminar**  
So gut kann Gewerkschaft sein!

Erste Hilfe Seminar der DPoIG Saarland

Zusammen mit dem DRK Saarland bieten wir allen Kollegen/Innen der FHSV die Möglichkeit den nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Zulassung zur Abschlussprüfung erforderlichen Nachweis „Erste-Hilfe“ zu erwerben.

**Wichtige Fakten:**

- Die Schulung wird 1 Tag (9 Unterrichtseinheiten) in Anspruch nehmen
- Den Leistungsnachweis für die Abschlussprüfung bekommt ihr im Anschluss an die Schulung
- Kosten: 30 € (DPoIG Mitglieder zahlen nur die Hälfte)
- Termine: Samstags im Januar 2016 (genaue Terminierung folgt)
- Alle Teilnehmer erhalten ein Beatmungstuch als Schlüsselanhänger geschenkt

Seid schnell und reserviert euch einen Platz unter [info@dpolg-saar.de](mailto:info@dpolg-saar.de). Die Termine werden Zeitnah mitgeteilt.

hat, kann sich gerne bei unserer Geschäftsstelle per Telefon (0681.54552) oder Mail ([info@dpolg-saar.de](mailto:info@dpolg-saar.de)) melden. Sobald eine ausreichende Zahl von In-

teressenten zusammen ist, gibt's weitere Seminare.

Wir bleiben für Euch am Ball ... Eure JuPo!

### Wir gratulieren ...

### ... zum Geburtstag im Monat März

- |                      |                    |
|----------------------|--------------------|
| Heribert Schorr      | Hartmut Oswald     |
| Gerhard Schneider    | Karl-Heinz Fischer |
| Wolfgang Haygis      | Michael Rifert     |
| Hans-Albert Eiswirth | Roland Jolas       |
| Walter Schwegel      |                    |

### Seminare 2016

Datum	Thema	Ort
14.–16.02.2016	Frauenpolitik	Königswinter
08.–10.03.2016	Tarifpolitik	Königswinter
12.–14.07.2016	Innere Sicherheit	Königswinter
25.–27.08.2016	Multiplikatoren-schulung	Königswinter
15.–17.09.2016	Rhetorik	Königswinter
11.–13.10.2016	Redaktionelle Kommunikation	Königswinter
16.–18.10.2016	Jugendpolitik	Königswinter
20.–22.10.2016	Seniorenpolitik	Königswinter
13.–15.12.2016	Rechtspolitik	Königswinter

Alle Seminare kosten 122 Euro und sind über unsere Geschäftsstelle buchbar. Weitere Infos (zum Beispiel zu Sonderurlaub) auch unter: [www.dpolg-saar.de/mitgliedschaft/seminare](http://www.dpolg-saar.de/mitgliedschaft/seminare)